

Markus Koller

Europa und das Osmanische Reich

1 Entgrenzungsdynamiken im 13. Jahrhundert

In seiner 2009 erschienen „Geschichte des Westens“ zitiert Heinrich August Winkler den Wiener Historiker Gerald Stourzh, der sein Verständnis von Europa mit folgenden Worten beschreibt: „Europa ist nicht (allein) der Westen. Der Westen geht über Europa hinaus. Aber: Europa geht auch über den Westen hinaus“. Die Kernregion eines historischen Westens sieht Winkler in jenen Teilen des Kontinents, deren geistlicher Mittelpunkt in Rom und deren kulturelle Prägungen vor allem in der christlich-jüdischen Tradition verankert waren. Dieses Europa ging aber im 12. und 13. Jahrhundert endgültig über den Westen im Sinne einer politischen Entgrenzung hinaus und begann seine kulturelle Identität nicht zuletzt in der Begegnung mit dem Islam zu konfigurieren. Eine solche Perspektive stellt insbesondere strukturelle Merkmale und Dynamiken in den Vordergrund, die eine politische Entgrenzung europäischer Geschichte erkennbar werden lassen.

Die islamischen Herrschaftsgebilde auf der iberischen Halbinsel oder die sizilianischen Herrscher verbanden den Kontinent auf vielfältige Weise etwa mit der islamisch geprägten Welt Nordafrikas und die im Gefolge des vierten Kreuzzugs entstandenen lateinischen Herrschaften hatten zu einer, wenngleich temporär und regional stark variierenden, politischen Verflechtung mit bis dahin in unterschiedlichen Graden zum byzantinischen Reich gehörenden Gebieten in Südosteuropa geführt. Aber die Dynamik der Entgrenzung besaß auch eine weit über das rein Politische hinausreichende Dimension, wie sich an den Pilgerfahrten nach Jerusalem oder den Handelsaktivitäten nicht nur norditalienischer Städte wie Pisa, Genua oder Venedig beispielhaft erkennen lässt. Die Politik der Markusrepublik im 13. Jahrhundert deutet eine weitere Komponente europäischer Geschichte an, die Entwicklungen ab dem 14. Jahrhundert zunehmend bestimmen sollte. Durch den Kreuzzug von 1204 begann die Signoria mit dem Aufbau ihrer „Überseebesitzungen“ (*stato da mar*) im östlichen Mittelmeer, insbesondere in der Ägäis, wodurch auch Teile des Balkans in ein maritimes Reich eingegliedert wurden. Das lateinische Kaiserreich (1204-1261) unterstand fast durchgehend einer venezianischen Oberherrschaft und ebenso kontrollierte Venedig zahlreiche Häfen in der Levante, die den Zugang zu den Kreuzfahrerstaaten ermöglichten. Diese imperiale Politik am Rialto wies bereits den künftigen Weg politischer und religiöser Entgrenzung im südlichen Europa, der nun zunehmend mit der Herausbildung von Großreichen verbunden war und dessen Dynamiken sich

zunächst in zeitgleich ablaufenden Prozessen auf der iberischen und der Balkanhalbinsel beobachten lassen.

2 Strukturelle Merkmale des südosteuropäisch-kleinasiatischen Raumes vom 13. bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts

Mit dem Zerfall des Almohadenreiches, der nach der Niederlage von 1212 gegen eine christliche Kreuzfahrerstreitmacht einsetzte, war einer der letzten Versuche gescheitert, *Al-Andalus* in ein islamisches Reich einzubinden, das die Straße von Gibraltar einschloss. Die anschließende erneute Zersplitterung in kleine Herrschaftsgebilde erleichterte der *Reconquista* das weitere Vordringen, bis schließlich 1291 nur noch das nasridische Granada übriggeblieben war. Dessen Fall 1492 bedeutete das Ende der *Reconquista*, zumindest auf iberischem Boden und die Ausdehnung der katholischen Staatenwelt bis an die Südküste Portugals und des entstehenden Spaniens.

Demgegenüber bot sich im südosteuropäisch-anatolischen Raum ein in vielerlei Hinsicht vergleichbares Bild. Der nicht umfänglich erfolgreiche byzantinische Restaurationsversuch von 1261 und die im 14. Jahrhundert im Oströmischen Reich tobenden Bürgerkriege, der etwa zeitgleich zu beobachtende Zerfall des Seldschukenreiches in Anatolien und der Machtverlust der dortigen mongolischen Oberherrn insbesondere in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts verliehen dem gesamten Raum, wenn auch in regional und zeitlich unterschiedlicher Intensität, ein hohes Maß an politischer Zersplitterung. Unter diesen zahlreichen Herrschaftsgebilden befand sich im nordwestlichen Anatolien das Herrschaftsgebiet eines Osman oder Ataman, wie der Name auch gelesen werden kann. Die auf ihn zurückgehende Dynastie der Osmanen sollte in den folgenden Jahrhunderten weite Gebiete dieses Raumes zusammenführen. Auf den ersten Blick schien es sich dabei zunächst um eine schnelle Expansion gehandelt zu haben. Deren erste Phase fiel in ein Zeitfenster, als sich die katholische Staatenwelt des europäischen Kontinents nicht nur an der südwestlichen Peripherie ausdehnte, sondern auch auf den balkanisch-kleinasiatischen Raum verstärkt auszugreifen begann. Beide Bewegungen berührten sich erstmals im byzantinischen Bürgerkrieg (1341-1354) zwischen Johannes Kantakuzenos und der Partei des Palaiologen Johannes V., in den mit Genua und Venedig zwei um die Vormacht in der Ägäis konkurrierende Mächte verwickelt waren. Ebenso war die (Klein)Staatenwelt des südosteuropäisch-anatolischen Raumes darin involviert. Durch Heiratspolitik

sollten die jeweils instabilen Bündnisse abgesichert werden. Johannes Kantakuzenos verheiratete seine Tochter mit Orhan, dem Sohn Osmans, dessen Soldaten wesentlich zum temporären Sieg von Kantakuzenos beitrugen. Das Engagement in den innerbyzantinischen Wirren bildete die Grundlage für die Besetzung der Halbinsel Gallipoli (1354) durch die Kämpfer Orhans; im gleichen Jahr fiel auch Ankara unter deren Kontrolle. In den nächsten Jahrzehnten setzten sich die Entgrenzungsprozesse der katholischen Staatenwelt und des osmanischen Herrschaftsgebietes weiter im südosteuropäisch-balkanischen Raum weiter fort. Die Signoria verstärkte ihre Kontakte zur balkanischen Staatenwelt und die Dynastie der Anjou strebte nach einem größeren Einfluss auf der Balkanhalbinsel. Währenddessen gelang dem Haus Osman die Eroberung von Philippopol/Plovdiv (1363) und Adrianopel/Edirne (1363), das zur Hauptstadt des entstehenden Reiches wurde. 1371 siegten osmanische Heerscharen gegen die vereinigte Streitmacht der serbischen Teilherrschaften an der Marica, die aus der Erbmasse des nach 1355 zerbrochenen nemanjidischen Reiches hervorgegangen waren. 1388 erreichten osmanische Einheiten das Königreich Bosnien und nach der Schlacht auf dem Amselfeld (1389) dehnte das Haus Osman seinen Machtbereich in nördlicher Richtung weiter aus. So fiel 1393 auch die bulgarische Zarenstadt Tarnovo. An der Wende vom 14. zum 15. Jahrhundert erreichte das Ringen um die Vorherrschaft an der südöstlichen Flanke des Kontinents eine neue Dimension, als mit Venedig und dem Osmanischen Reich zwei Hauptakteure in eine existentielle Krise schlitterten. Die Markusrepublik sah sich im Chioggiakrieg (1378-1381) einer Koalition aus Genua, Ungarn, Österreich und italienischen Herrschaften gegenüber, die sie an den Rand des Untergangs brachte. Während die Interessengegensätze der expansiven katholischen Mächte in diesen Kämpfen kulminierten, entluden sich am südöstlichen Ende der europäischen Peripherie die Machtansprüche zweier islamisch geprägter Großreiche um die Vorherrschaft in Anatolien in der Schlacht bei Ankara (1402), in der Bayezid I. (1389-1402) vom mongolischen Eroberer Timur (ca. 1328-1405) vernichtend geschlagen wurde und schließlich in timuridischer Gefangenschaft verstarb. Diese Niederlage stürzte das Osmanische Reich in einen „Bruderkrieg“ zwischen den Söhnen Bayezids, aus dem schließlich 1413 Mehmet I. (1413-1421) als Sieger hervorging. Die Wiederherstellung der venezianischen Oberherrschaft über die adriatische Ostküste sowie die Festigung der osmanischen Herrschaft über die bis 1402 eroberten Gebiete standen nun im Vordergrund, so dass das Haus Osman seine expansive Außenpolitik erst wieder ab 1420 in größerem Umfang aufnehmen konnte.

3 Grenzvorstellungen- und Wahrnehmungen im südöstlich-anatolischen Europa

In den kriegerischen Auseinandersetzungen bis zum frühen 15. Jahrhundert gilt es nun aus der zeitgenössischen Binnen- und Außenperspektive Grenzvorstellungen- und Wahrnehmungen zu destillieren, um den vielschichtigen Erfahrungsmustern dieser Zeit zumindest in Ansätzen gerecht zu werden. Die Überlegungen lassen sich mit der Frage beginnen, ob und inwieweit dieser Raum in die ihn umgebende katholische und islamische Welt eingebunden bzw. mit ihr verwoben war. Eine solche Perspektive hat die Forschung bisher meist eingenommen und dabei fast zwangsläufig Südosteuropa und Anatolien als weithin getrennte Raumeinheiten aufgefasst. Strukturgeschichtlich ist mit Blick auf den Betrachtungszeitraum ein solcher Ansatz kritisch zu hinterfragen und auch religiös definierte Kategorien eignen sich dafür nur bedingt.

Zunächst fällt auf, dass der Beginn der osmanischen Expansion in eine Zeit fiel, als durch die „Gefangenschaft der Päpste“ in Avignon (1309-1377) und das Große Abendländische Schisma (1378-1417) eine scheinbare politische Schwächung des Heiligen Stuhls zu beobachten war. Dieser stand jedoch eine starke Zentralisierung innerhalb der Kirche gegenüber, die nun umso stärker gegen diejenigen Gruppen im wahrsten Sinn des Wortes zu Felde zog, die aus ihrer Sicht die Kircheneinheit bedrohten. Im Rahmen dieser keineswegs neuen Politik definierte die Kurie eine Reihe vorwiegend innerchristlicher „Feinde“, in die im Verlauf des 14. Jahrhunderts die „Türken“ aufgenommen wurden. Dazu trug auch erheblich die Kriegspropaganda jener Mächte bei, die am Rande einer sich – im Gegensatz zum 13. Jahrhundert - stärker nach Innen wendenden katholischen Staatenwelt lagen. Der 1387 zum ungarischen König gekrönte Sigismund von Luxemburg führte beispielsweise die expansive Außenpolitik seiner Vorgänger aus dem Haus der Anjou mit südlicher Stoßrichtung weiter fort. Seine Truppen fielen immer wieder in das bosnische Königreich ein, das gleichzeitig im Süden von den Osmanen bedrängt wurde. Sigismund stellte seine Kampagnen als Kreuzzüge dar, die er gegen „Türken, Manichäer und Häretiker [...] und gegen die Schismatiker, die in Bosnien leben“ zu führen habe. Er bezog sich dabei auf die Anhänger der von Rom als häretisch angesehenen Bosnischen Kirche, wenngleich im Hintergrund das Streben nach der bosnischen Krone stand. Im südlichen Europa wurde der Kreuzzugsgedanke nur noch dann nach Außen realpolitisch umgesetzt, wenn eine an der Grenze der katholischen Welt liegende Macht ihr Herrschaftsgebiet erweitern wollte. In dieses Bild fügen sich die portugiesischen Einfälle nach Ceuta (1415) und Tanger (1471) ebenso wie der von Ungarn angeführte Kreuzzug des Jahres 1396 ein, der in einer Niederlage gegen osmanische Truppen

bei Nicopolis endete. Die Zusammensetzung der Truppen des Sultans zeigt, wie fluide die politische Gemengelage war. Die balkanischen und anatolischen Kleinfürsten wandten weiterhin die bis dahin praktizierten politischen Mechanismen an. Balkanische Adlige holten sich osmanische Truppenhilfe, um in den zahlreichen Fehden ihren jeweiligen Kontrahenten besiegen zu können. Serbische Teilfürstentümer pflegten ebenso wie anatolische *beyliks* die bekannte Heiratspolitik weiterhin, nun eben auch mit dem Hause Osman.

Dennoch lassen sich Konturen von „Grenzerfahrungen“ festmachen, wie sie im südosteuropäisch-anatolischen Raum zu beobachten waren. Der orthodoxe Balkanadel wies in vielen Fällen eine zweifache politische Orientierung auf, als sich Familien in zwei Zweige spalteten. Einer setzte sich aus Familienmitgliedern zusammen, die zum Islam übertraten und dem Imperium in hohen Verwaltungs- und Militärpositionen dienten. Der andere Zweig stand in Opposition zu den neuen Oberherren. Beispielsweise kamen aus der albanischen Adelsfamilie der Araniti ein Kommandant der Schweizer Garde unter Julius II. (1503-1513) und ein osmanischer Feldherr. Derartige „Grenzerfahrungen“ wurden in das Umfeld des Heiligen Stuhls nun vermehrt von Personen getragen, die aus dem südosteuropäisch-anatolischen und dem iberischen Raum nach Rom und in andere Städte auf der apenninischen Halbinsel kamen. Der Borgia-Papst Calixtus III. (1455-1458), der als Kardinal von Valencia die späte Reconquista unmittelbar miterlebt hatte, gehörte ebenso wie der aus dem Kaiserreich von Trapezunt stammende Kardinal Bessarion zu den berühmtesten Beispielen. Es mag daher auch kein Zufall gewesen sein, dass gerade unter Calixtus III. Begrifflichkeiten insbesondere aus katholischen Gebieten Südosteuropas endgültig aufgegriffen wurden, die zu Synonymen für Grenzvorstellungen geworden sind. Dies gilt vor allem für das Bild der Vormauer, das Dubrovnik 1454 bemühte, als es sich zur Vormauer „unseres Königreiches Dalmatien“ stilisierte, um seine Stellung gegenüber anderen christlichen Herrschern zu verteidigen. Es bezog sich aber nicht auf die vorrückenden osmanischen Truppen, die in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts Bosnien, die Herzegowina und weite Teile des heutigen Albanien eroberten. Damit bedrohten sie unmittelbar auch Ragusa, das zwar tributpflichtig, aber nicht direkt besetzt war. Eine ähnliche Rhetorik wandte die dalmatinische Küstenstadt auch auf Skanderbeg an, der im albanischen Raum wahrscheinlich aus Blutrache zwischen 1443 und 1468 einen wechselvollen Kampf gegen die Osmanen führte. Der Rat der Stadt bezeichnete Skanderbeg 1452 als „Spiegel und Vorbild aller Christen, der Fürsten und aller Völker“. Ähnlich wie Calixtus III. versuchte Pius II. (1458-1464) den Kreuzzugsgedanken wieder politisch umzusetzen, wiewohl der Heilige Stuhl mit solchen Plänen unter den Herrschern des lateinischen Europa kaum Gehör fand. Vor diesem Hintergrund förderte die Kurie das Idealbild eines Grenzkämpfers in der Person des Skanderbeg, der 1457 erstmals in einem päpstlichen Sch-

reiben als „wahrer Athlet und Vorkämpfer des christlichen Namens“ angesprochen und dem Renaissance-Europa als Vorbild vor Augen geführt wurde. Ein Jahr später wurde bereits das Bild der „festen Mauer“ auf ihn übertragen. Skanderbeg selbst fügte sich bewusst in diese Vorstellungswelt ein und verweist implizit auf das Grenzverständnis, das ganz im Sinne des Kreuzzugsgedankens hinter dieser Rhetorik stand. Er stellte sich als Kämpfer gegen die Feinde des katholischen Christentums dar. Die Idee des „propugnaculum christianitatis“ (Vormauer der Christenheit) verbreitete sich über ganz Europa und findet sich bis heute in der Geschichtsvorstellung nicht weniger Nationalstaaten. Die Grenze wurde dadurch auch zu einem virtuellen Raum, und in den zeitgenössischen Konstruktionen von „Grenzhelden“ wie Skanderbeg oder der im Grenzraum lebenden Bevölkerung spiegelten sich schließlich die zeitgenössischen Diskurse über Religion, Gesellschaft und Politik wider.

Etwa gleichzeitig bildete sich in der islamisch geprägten Diskurswelt innerhalb des osmanischen Herrschaftsgebietes eine in vielerlei Hinsicht äquivalente Grenzvorstellung aus, deren Genese aufgrund der schwierigen Quellenlage in der Historiographie kontrovers diskutiert wird. Im Zentrum steht die inhaltliche und politische Bedeutung des Begriffs *gaza* (*gazi* als derjenige, der *gaza* praktiziert). Diese Vorstellung fand bis zum Ende des 13. Jahrhunderts im westlichen Anatolien weniger Anwendung für Kämpfe gegen Byzanz als vielmehr gegen die mongolischen Oberherren. Der Terminus erfuhr zu dieser Zeit mehr in den südlichen Fürstentümern wie Aydın oder Menteşe eine Aufladung im Sinne eines antichristlichen Glaubenskampfes, die in Auseinandersetzungen mit Ordensrittern oder Venezianern insbesondere durch Piraterie verstrickt waren. Die verfügbaren Quellen deuten darauf hin, dass sich ab der Mitte des 14. Jahrhunderts eine solche Ideologie des Glaubenskampfes im osmanischen Umfeld zu verbreiten begann. Neben zahlreichen anderen Gründen mag auch die Herausbildung von „Markgrafengeschlechtern“ (*uç bey*) dafür verantwortlich gewesen sein, die gerade an der Wende vom 14. zum 15. Jahrhundert die osmanische Expansion vorantrieben. Für sie scheint die Religion ein besseres Legitimationsmuster für ihr Handeln und auch eine effektivere Klammer für den Zusammenhalt ihrer Truppen gewesen sein als die osmanische Dynastie, deren Angehörige nur in den großen Feldzügen an der Spitze der Truppen standen. Das *gaza*-Verständnis fand aber auch Anwendung in den militärischen Kampagnen gegen muslimische Fürstentümer in Anatolien. Diese Feldzüge wurden beispielsweise damit gerechtfertigt, dass der Widerstand anatolischer Fürsten gegen die osmanische Dynastie den Glaubenskampf gegen christliche Herrschaften gefährden würde. Daher gelte es, gegen diesen „Verrat“ vorzugehen. Es waren Mehmet I. (1413-1421) und Murat II. (1421-1444/1446-1451), die das *gazi*-Ideal bis dahin am intensivsten pflegten. Hier werden nun ähnliche Prozesse greifbar, wie sie auch in der katholischen

Welt zu beobachten waren. Die verstärkte Betonung des Gazitums der Dynastie bedeutete gleichzeitig eine Intensivierung der Abgrenzung von der christlichen Welt. Dazu haben, ähnlich wie 100 Jahre davor in den südanatolischen Fürstentümern, die Kämpfe mit vorwiegend christlich-katholischen Gegnern beigetragen. Auch Murat II. hatte die Bedrohung durch ein Kreuzfahrerheer erfahren, das 1444 bei Varna besiegt werden konnte. Davor hatte sich eine Atmosphäre existentieller Bedrohung auch in der Hauptstadt Edirne verbreitet und sogar eine Fluchtbewegung hochrangiger Würdenträger nach Bursa eingesetzt. In dieser angespannten Situation fand auch eine der ersten größeren Verfolgungen und Hinrichtungen von Personen statt, die als Häretiker gebrandmarkt wurden. Sie entstammten meist dem heterodoxen Derwischtum, dessen Einfluss auf den osmanischen Herrscher und dessen Umfeld nun immer stärker von der entstehenden Gruppe der Religionsgelehrten herausgefordert wurde. Während also im lateinischen Christentum der Kampf um die kirchliche Einheit tobte, setzte im osmanischen Herrschaftsgebiet der Aufbau eines vorwiegend sunnitisch geprägten institutionalisierten Islam ein. Die Bemühungen, einen religiösen Zentralismus durchzusetzen, scheinen maßgeblich zu Abgrenzungsprozessen beigetragen zu haben. Ähnlich wie in der *antemurale*-Vorstellung wurden Grensräume diskursiv aufgeladen und dadurch auch zu idealisierten virtuellen Räumen. Bereits der Chronist Ahmedi schuf im späten 14. Jahrhundert das imaginäre Bild von heldenhaften Glaubenskämpfern, die dort den reinen und wahren Islam praktiziert hätten.

Im 14. und 15. Jahrhundert hatten sich damit in der Staatenwelt des lateinischen Christentums und in den islamischen Diskursen innerhalb des osmanischen Herrschaftsgebietes Grenzvorstellungen herausgebildet, die auch einen stark virtuellen Charakter aufwiesen. Beweglich in Raum und Zeit konnten sie sowohl als Begründungsmuster für politisches Handeln innerhalb der jeweiligen Herrschaftsgebilde als auch für außenpolitisches Handeln eingesetzt werden. Wie verhielten sich jedoch solche vor allem nach Innen wirkenden Abgrenzungsmodelle zu den Entgrenzungsprozessen, die an der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert wieder verstärkt einsetzten?

4 Das Osmanische Reich und die Entgrenzung Europas im 16. Jahrhundert

Dieser neue Schub politischer Entgrenzung ist im südlichen Europa von Atlantik- und Mittelmeeranrainern getragen worden, von denen Portugal, das habsburgische Spanien und das Osmanische Reich als die wichtigsten Träger anzusehen sind. Bereits davor hatten iberische Herrscher die Hoffnung gehegt,

die Reconquista in die muslimischen Gebiete Nordafrikas hineinzutragen. Nun griff sie aber in die „Neue Welt“ ebenso wie auf den afrikanischen Kontinent aus, wo andalusische Adlige erste Stützpunkte an der Küste errichteten. Melilla (1497) und Mers-El-Kebir (1505) gehören zu den bekanntesten Eroberungen. 1510 wurden Algier in ein Vasallitätsverhältnis gezwungen und Tripolis erobert. Spanien hatte damit die nordafrikanische Küste im westlichen Mittelmeerraum mit Ausnahme von Tunis weitgehend unter seine Kontrolle gebracht. Der symbolträchtige Vertrag von Tordesillas (1494) versinnbildlicht die einsetzende „Globalisierung“ europäischer Politik, wodurch die Frage nach den Grenzen Europas in neue Kontexte gestellt wurde. Dieser Aspekt soll am Beispiel des östlichen Motors dieser Bewegung diskutiert werden, dem Osmanischen Reich. Das Imperium der Sultane begann an der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert ebenfalls deutlich über seine bisherigen Grenzen hinauszugreifen. Die ersten Träger der osmanischen Expansion in den nordafrikanischen Raum waren Piraten, die dann als Korsaren im Namen des Sultans ebenfalls Stützpunkte an der Küste einrichteten. Für die Frage nach der Bedeutung der beschriebenen Abgrenzungsmodelle erlangten jedoch die Eroberungen Selims I. (1512-1520) eine große Bedeutung, der zwischen 1516 und 1518 mit dem Sieg über die Mameluken nicht nur Syrien und Ägypten, sondern auch Mekka und Medina unter seine Kontrolle gebracht hatte, und fortan die Bezeichnungen „Beschützer der heiligen Stätten“ und „Beschützer der Pilgerfahrt“ in seiner Titulatur führte. Insgesamt sah sich der osmanische Herrscher nun stärker in der Rolle eines Verteidigers des Islam, und zwar des aus osmanischer Perspektive wahren sunnitischen Islam. Wenn auch dessen Auslegung nicht in allen religionsrechtlich relevanten Bereichen uneingeschränkte Anwendung fand, so band diese Differenzierung das Osmanische Reich in gesamteuropäische Prozesse ein. Innerkonfessionelle Spaltungen verliehen den politischen und gesellschaftlichen Konflikten eine zusätzliche Brisanz und bewirkten, dass Europa in ein bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts andauerndes Zeitalter religiös legitimierter Kriege hineinschlitterte. Mit Blick auf das Osmanische Reich wurde die „innerkonfessionelle Spaltung“ zwischen sunnitischem und schiitischem Islam zu einer Legitimations- und zumindest teilweise Motivationsfolie für die weitere Machtausdehnung. Dies galt insbesondere für die Kriege gegen das Reich der Safawiden (1553-1555, 1578-1590, 1603-1612, 1615-1618, 1623-1639), in dem die Schia dominierte. Die Kämpfe wurden von einer scharfen Polemik osmanischer Religionsgelehrter begleitet, die teilweise den Kampf gegen die „Verräter“ und „Häretiker“ für wichtiger ansahen als Kriege gegen nichtmuslimische Feinde. Die militärischen Auseinandersetzungen gingen mit der Verfolgung, Deportation und Hinrichtung von *kızılbaş* in Anatolien einher. Das östliche Anatolien bildete in dieser Zeit trotz der Machtausdehnung in Gebiete des heutigen Iran und Irak einen Grenzraum, in dem das Ideal des Glaubenskrieges eine

politische und gesellschaftliche Tiefenwirkung erzielt hatte. Immerhin waren die Friedensschlüsse mit den safawidischen Schahs die einzigen Abkommen mit fremden Herrschern, in denen theologische Fragen aufgegriffen wurden. Weitaus schwieriger war die Rechtfertigung des Krieges gegen die Mameluken, die selbst dem sunnitischen Islam angehörten. Selim I. ließ daher Rechtsgutachten erstellen, in denen den Mameluken vorgeworfen worden ist, sie würden Muslime unterdrücken und hätten ein Bündnis mit den häretischen Safawiden abgeschlossen. Dadurch seien sie selbst zu Häretikern geworden. Ein „Kreuzzugsgedanke“ gegen erklärte innerislamische Feinde war das vorgegebene Deutungsschema, das den Entgrenzungsschub im östlichen Mittelmeerraum begleitete und gleichzeitig die osmanische Herrschaft im Inneren, nämlich dem östlichen Anatolien, festigen sollte.

Während ein solches Abgrenzungsmodell die unmittelbare Erweiterung des Territoriums legitimierte und dabei in Grundzügen die bisherigen Expansionsmechanismen fortführte, eignete es sich kaum für einen global ausgerichteten Entgrenzungsschub. Vielmehr dominierten im 16. Jahrhundert Wahrnehmungs- und Deutungsmodelle von Herrschaft, die eine globale politische Perspektive im Zentrum hatten. Süleyman I. ist gerade unter dem Großwesirat von Ibrahim Pascha (1523-1536) und unter dem Einfluss des Astrologen Remmal Haydar in eschatologische Weltbilder, wie sie zu dieser Zeit vom Atlantik bis zum Indus anzutreffen waren, eingebunden und zumindest bis zu den frühen 1550er Jahren als endzeitlicher Herrscher dargestellt worden. Eine universalistische Dimension enthielten auch die religiösen Titel eines Kalifen und „Beschützer der Heiligen Stätten des Islam“, die nun zu zentralen Bausteinen einer propagierten kulturellen Geographie wurden, wie sie der osmanischen Entgrenzung und der damit ansatzweise verbundenen „Überseepolitik“ zugrunde lagen. In diese kulturelle Geographie waren die Morisken auf der iberischen Halbinsel ebenso eingebunden wie die im Raum des Indik liegenden islamischen Herrschaftsgebilde, auf die insbesondere die Großwesire Ibrahim Pascha und Mehmet Pascha Sokolović (1565-1579) zurückgriffen. Durch den Verweis auf die Zugehörigkeit zum sunnitischen Islam und der Funktion des osmanischen Sultans als Kalif waren sie bemüht, ein gemeinsames militärisches Vorgehen gegen Portugal zu realisieren, das im Indischen Ozean sein *stato da mar* aufgebaut hatte. Mit dem Tod des Großwesirs Sokolović im Jahre 1579 neigte sich diese Phase osmanischer „Überseepolitik“ dem Ende entgegen, auch wenn die geknüpften politischen und wirtschaftlichen Kontakte noch für einige Jahre weiterwirkten.

5 Von der Binnen- zur Außengrenze? Das Osmanische Reich auf dem Weg zum Objekt der Entgrenzung

Bereits während des 16. Jahrhunderts war diese Ausrichtung osmanischer Politik, die den Aufbau eines maritimen Imperiums bedeutet hätte, keineswegs unumstritten. Der Großwesir Rüstem Pascha (1546-1561) sah das Osmanische Reich weniger als eine Seemacht und förderte einen Zeitgeist, der durchaus Ansätze eines osmanischen Patriotismus enthielt. Damit zeichnete sich bereits die politische Wende ab, die nach dem Machtverlust der „Seefraktion“ eintrat. Wenn in den Ausführungen zum 16. Jahrhundert die Namen der Großwesire häufiger erwähnt werden als die der Sultane, spiegelt dies strukturelle Veränderungen innerhalb der Eliten in Istanbul wider, die an den politischen Entscheidungsfindungsprozessen beteiligt waren. Zu den entscheidenden Machtfaktoren entwickelten sich immer mehr die Haushalte hoher Amts- und Würdenträger, die als dynamische Klientelsysteme zu verstehen sind. Es waren daher vor allem die Haushalte und die mit ihnen verbundenen Interessengruppen aus dem Seefahrer- und Kaufleutemilieu um Ibrahim Pascha und Mehmet Pascha Sokolović, die eine osmanische „Überseepolitik“ umsetzten. Ein genauerer Blick verdeutlicht, dass eine Vielzahl hochrangiger Akteure aus der Zentralverwaltung von den wirtschaftlichen Perspektiven einer Machtausdehnung in den Indischen Ozean hinein zu profitieren versuchte. Dieser Aspekt erscheint bedeutsam im Hinblick auf gesamteuropäische Perspektiven, da mit dem Ausscheiden des Osmanischen Reichs und dem zunehmenden machtpolitischen Bedeutungsverlust der iberischen Großmächte jene Staaten in der entstehenden Kolonialpolitik an Einfluss verloren, die den Entgrenzungsschub im südlichen Europa getragen und stark auf religiöse Begründungsmuster aufgebaut hatten. Dem Kreuzzugs- und Missionsideale Spaniens und Portugals hatte das Gaza-Motiv des Osmanischen Reiches entsprochen. Deren Stelle als Motoren der europäischen Entgrenzung nahmen nun die am Atlantik gelegenen protestantischen Seemächte England und die Niederlande ein, die ebenso wie Frankreich vor allem durch Handelsgesellschaften ihre Überseeexpansion betrieben und gleichzeitig aber auch von einer religiösen Triebkraft beeinflusst wurden. Es bleibt eine rein spekulative Frage, ob das Osmanische Reich einen vergleichbaren Weg eingeschlagen hätte, wenn es seine maritime Politik fortgesetzt hätte. Zumindest wies die „maritime Fraktion“ strukturelle Ähnlichkeiten mit den Expansionsmechanismen der neu aufkommenden Überseemächte, insbesondere mit Frankreich, auf.

Die Entscheidung Istanbuls, kein maritimes Imperium anzustreben, und die im Verlauf des 17. Jahrhunderts nachlassenden Spannungen mit dem Safa-

widenreich lassen wieder stärker innereuropäische Grenzräume in den Vordergrund rücken, die das Osmanische Reich von seinen Nachbarn (Polen-Litauen, Habsburger Monarchie und Venedig) trennte. Diese geostrategische Positionierung der Hohen Pforte wirkte sich auch auf die Wahrnehmung und die politische Bedeutung der Territorien aus, in denen die vier genannten Großreiche aneinandergrenzten. Im Gegensatz zu den Mächten, die eine global ausgerichtete „Überseepolitik“ betrieben, trugen weder Polen-Litauen noch die Habsburger oder die Osmanen ihre Konflikte auch auf Kriegsschauplätzen außerhalb des Kontinents aus. Jeder Krieg musste daher zwangsläufig mit dem Verlust von Territorien einhergehen, die vom jeweiligen Gegner als zugehörig zum eigenen Reichsgebiet betrachtet wurden. Territoriale Ansprüche und wirtschaftliche Interessen konnten somit auch nicht unter Rückgriff auf „Überseegebiete“ kompensiert oder entschärft werden. Unter diesen geopolitischen Rahmenbedingungen setzte der Prozess einer innereuropäischen Entgrenzung ein, dessen Ausrichtung zunächst keineswegs klar erkennbar war. Die militärischen Auseinandersetzungen („Langer Türkenkrieg/1593-1606; „Großer Türkenkrieg/1683-1699) beschränkten sich auf Südosteuropa und blieben regionale Kriegshandlungen. Nur der letzte große Konflikt mit der Markusrepublik (Kretakrieg/1645-1670) wurde an mehreren Fronten auf der Balkanhalbinsel ausgefochten. Der venezianisch-osmanische Krieg besaß aber auch eine in die Zukunft weisende Bedeutung, denn erstmals verlor das Imperium der Sultane ein Territorium endgültig an eine christliche Macht. Der Serenissima gelang es im Jahre 1648 die osmanische Festung Klis zu erobern und die nachfolgende Vertreibung der dortigen muslimischen Bevölkerung deutete bereits die blutige Seite des kommenden innereuropäischen Entgrenzungsprozesses an. Der definitive Verlust eines Gebietes an einen christlichen Gegenspieler sollte sich erst wieder mit dem Friedensschluss von Sremski Karlovci/Karlowitz (1699) ereignen, als fast alle Territorien nördlich der Donau-Save-Linie aufgegeben werden mussten.

In den „Türkenkriegen“ manifestierte sich bereits die Mehrschichtigkeit des einsetzenden innereuropäischen Entgrenzungsprozesses, dessen Objekt zunehmend das Osmanische Reich wurde. Zum einen bestand er aus territorialen Verlusten, welche die Hohe Pforte hinnehmen musste. Zum anderen bedeutete er aber auch die diplomatische Integration des Imperiums der Sultane in die sich herausbildende europäische Staatengemeinschaft, die bereits mit den „Italienischen Kriegen“ begonnen hatte. In dieser Hinsicht lässt sich von einer *Greater Western World* im frühneuzeitlichen Europa sprechen, um einen Begriff Daniel Goffmans zu verwenden. Deren zwischenstaatliche Kommunikation war von weitgehend anerkannten Symboliken, Praktiken und Gepflogenheiten geprägt, wie die Akzeptanz längerer und schließlich auch unbefristeter Laufzeiten von Friedensverträgen durch die Osmanen beispielhaft zeigt. Schließlich symboli-

sieren die Friedensverhandlungen in Karlowitz selbst die *Greater Western World* in der Sphäre der Diplomatie. Die Gespräche wurden von Großbritannien und den Niederlanden vermittelt, die am Tagungsort eine Nachbildung des Gebäudes errichten ließen, in dem sie 1697 bereits den Frieden von Rijswijk eingefädelt hatten. Die bauliche Konstruktion bot den Vorteil, dass die Abordnungen den Tagungsraum durch verschiedene Türen betreten konnten. Dies war bedeutsam, denn erstmals handelten Vertreter des Osmanischen Reiches mit mehreren christlichen Mächten gleichzeitig einen Friedensschluss aus.

Die Verdichtung des diplomatischen Austausches durch regelmäßige Gesandtschaften und ständige Vertretungen, die das Osmanische Reich offiziell aber erst im 19. Jahrhundert etablieren sollte, trug auch wesentlich dazu bei, religiöse Gegensätze in den politischen Beziehungen zu verringern. Im Osmanischen Reich haben die ausbleibenden militärischen Erfolge und das im Verlauf des 17. Jahrhunderts zunehmende Bedrohungs- und Krisengefühl dazu geführt, dass sich Diskussionen über die Ursachen dieser Entwicklung zu intensivieren begannen. Dieser Binnendiskurs beeinflusste auch die Werke osmanischer Geographen. Katib Çelebi (1609-1657) sah eine Ursache der nun offensichtlichen Probleme darin, dass sich die Muslime zu wenig für ihre Gegner interessieren würden. Mit seinem Werk *Cihannüma* (Sicht der Welt) wollte er insbesondere den politischen Entscheidungsträgern einen Wissensfundus zur Verfügung stellen. Katib Çelebi löste sich ebenso wie der 1691 verstorbene Ebu Bekr Dimişki in seinem *Al Fath al-Rahmani fi Tarz-i Devlet-i Osmani* zunehmend von Weltbildern, die bis dahin geographische Diskurse bestimmt hatten. Beide waren bemüht, ein möglichst genaues Bild der Grenzräume zu liefern, indem sie die Festungsanlagen und die administrativen Strukturen wiedergaben. Auch wenn deren Werke von der höfischen Öffentlichkeit noch nicht eingehend zur Kenntnis genommen worden sein dürften, so lässt sich dennoch erkennen, dass aufgrund der geostrategischen und militärischen Gegebenheiten sachliche Informationen über die Grenzräume sowie in zunehmenden Maße auch über die christlichen Staaten selbst im Vordergrund standen. Ab dem 18. Jahrhundert wurden Gesandte explizit mit dem Auftrag entsandt, Berichte über Institutionen und Strukturen ihrer Gastländer zu verfassen, um deren Anwendbarkeit oder Nützlichkeit für das Osmanische Reich zu diskutieren. Diese politische oder besser strukturpolitische Verankerung in einer europäischen Staatenwelt ließ die Bedeutung von Religion in der zwischenstaatlichen Kommunikation zurückgehen. Das Gazi-Ideal war nun nicht mehr als eine Reminiszenz an eine idealisierte und propagandistisch bemühte Vergangenheit, die, wie der Reisebericht des Evliya Çelebi (1611-ca. 1685) am Beispiel der osmanisch-habsburgischen Grenze in Ungarn zeigt, der Gesellschaft vor allem auch als Spiegel vorgehalten wurde.

Eine ähnliche Entwicklung lässt sich etwa gleichzeitig in den habsburgischen Landen beobachten, wo trotz oder gerade wegen der Kriege das religiöse Moment in der Wahrnehmung des Osmanischen Reiches und in den politischen Kontakten mit Istanbul kaum noch eine Rolle spielte. Während das „Türkenbild“ im 16. Jahrhundert von Angst und Neugier geprägt gewesen war, stieg nun das Interesse an möglichst realistischen und genauen Informationen. In Zeitungen, Flugblättern und Einblattgedrucken zeichnete sich der neue Duktus ab, als selbst während der Kriege weniger Berichte über „Türkengreuel“, sondern vermehrt Ortsbeschreibungen oder Abbildungen von Festungen aus dem jeweiligen Kriegsgebiet im Vordergrund standen. Daneben wurden die Kämpfe zwar immer noch in religiöse und eschatologische Deutungsmuster verortet, jedoch verloren solche Denkfiguren in dem Maße an Bedeutung, wie die aus christlichen Herrschaftsgebieten zusammengesetzten Armeen militärische Erfolge feiern konnten. Spätestens mit dem aus Habsburger Sicht erfolgreichen Ende des „Großen Türkenkrieges“ im Jahre 1699 zerbröckelte das barocke Weltbild mit seiner theologisch-biblizistischen Geschichtskonzeption und es begann sich immer mehr ein politisch-säkulares durchzusetzen, wenngleich ein temporäres Aufleben des Barockkatholizismus unter Karl VI. (1711-1740) stattfand. Der Europabergriff ersetzte in den politischen Schriften den der Christenheit, wenn es galt, eine Gegengröße zum Osmanischen Reich zu entwerfen. Welche Asymmetrien in der Gleichsetzung Europas mit dem Christentum enthalten sind, ist in der historischen Forschung bereits eingehend diskutiert worden. Als Analysekategorie für die politischen Entwicklungen in den beiden folgenden Jahrhunderten eignet sich Religion nicht, vielmehr zeigt sich deren Widersprüchlichkeit mehr als deutlich. Der engen Einbindung des Osmanischen Reiches in die diplomatischen Strukturen der sich herausbildenden europäischen Staatengemeinschaft steht eine realpolitische Entwicklung entgegen, in der die christlichen Großmächte zunehmend versuchen, ihre Konflikte „mit Hilfe“ des osmanischen Imperiums – vorwiegend im Sinne territorialer Kompensationen auf Kosten des Osmanischen Reichs - zu lösen, ohne sich dabei eben selbst beschädigen zu müssen. Damit ist die nach „Übersee“ gerichtete Entgrenzungspolitik auch in Europa selbst angekommen, das in Teilen nun zunehmend beginnt, eine innereuropäische „Überseepolitik“ zu betreiben. Der Beginn dieses Prozesses im späten 17. Jahrhundert bedeutet jedoch nicht, dass damit der Niedergang des Imperiums der Sultane eingesetzt hätte. Vielmehr haben im 18. Jahrhundert noch die Dynamiken einer, um mit Jürgen Osterhammel zu sprechen, inklusiven Europazentrik der christlichen Staatenwelt überwogen und das Osmanische Reich konnte seinen Territorialbestand noch weitgehend bewahren.

6 Von der inklusiven zur exklusiven Europazentrik

Die „Versachlichung“ in der diplomatischen Kommunikation entsprach einer politischen Atmosphäre im europäischen Staatensystem des 18. Jahrhunderts, das Jürgen Osterhammel als wertneutralen Mechanismus der Austarierung von Machtbalancen definiert. In dieser außenpolitischen Arena agierte auch die Hohe Pforte. So lange das Osmanische Reich die eigene Diplomatie mit einer entsprechenden militärischen Stärke unterstützen konnte, galt es als Bestandteil der europäischen Staatenwelt. Die Kriege gegen das Haus Habsburg in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts boten immer noch ausreichend Argumente für eine solche Sichtweise. Istanbul musste zwar im Frieden von Passarowitz (1718) auf das Banat, Oltenien sowie auf Teile bosnischer und serbischer Gebiete verzichten, jedoch brachte der Sieg bei Banja Luka (1737) zumindest einen teilweisen Rückgewinn. Im Frieden von Belgrad (1739) sah sich Wien gezwungen, Oltenien sowie Teile der bosnischen Provinz und nordserbische Regionen an das Osmanische Reich zurückgeben. Es überrascht daher nicht, dass in zahlreichen historiographischen und staatskundlichen Werken das Osmanische Reich als Teil Europas betrachtet wird. Dies sollte sich erst im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts zu verändern beginnen, als sich Stimmen mehrten, die auf vermeintliche kulturzivilisatorische Unterschiede und auf eine Andersartigkeit der „Türken“ verwiesen. Autoren wie Herder bemühten Ansätze humanistischer Topoi, wenn sie in den „Türken“ Eindringlinge nach Europa sahen, die sich in keine höhere Kultur einfügen können. Dabei unterschieden sie in einem immer stärkeren Maße zwischen einer europäischen und einer asiatischen Türkei. Im Gegensatz zu Anatolien galt der Balkan durchaus als Teil Europas, so dass nun vermehrt eine zwischen beiden Reichshälften verlaufende Grenze gezogen wurde. Gleichzeitig regten sich Gedanken, die auf eine „Befreiung“ der „unterjochten Völker“ abzielten. Jedoch zeigt ein erweiterter Blick in das östliche Europa, dass auch der größte Gegner des Osmanischen Reiches ab dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts aus der gleichen Perspektive einer „europäischen Wertegemeinschaft“ gesehen wurde, die die Welt mit dem Gefühl einer kulturzivilisatorischen Überlegenheit zu betrachten begann. Geographen markierten zunächst den Don als Grenze zwischen einem europäischen und asiatischen Russland, ehe der Ural ab den 1770er Jahren diese Funktion zugesprochen bekam. Bereits über weite Strecken der Frühen Neuzeit hatte das Reich der Romanows darüber hinaus auch als eine gegnerische „orientalische“ Macht gegolten. Im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts, als die Habsburger als militärischer Gegenspieler der Hohen Pforte von der Bühne europäischer Politik abtraten, übernahm dessen Rolle das Zarenreich. Nach dem Ende der militärischen Auseinandersetzungen mit Spanien, Portugal, Venedig und der Habsburger Monarchie hatte die innereuropäische Entgrenzung

schließlich dazu geführt, dass die beiden immer stärker ausgegrenzten Mächte um die Vorherrschaft im südosteuropäisch-anatolischen Raum zu ringen begannen. Die Waffengänge zwischen beiden Reichen verliefen für das Osmanische Reich desaströs. Katharina II. (1762-1796) setzte die seit Peter dem Großen (1689-1725) voranschreitende Ausdehnung des Russischen Reiches in die südliche Steppe fort, und es gelang ihr im russisch-osmanischen Krieg von 1768-1774 die Krim unter die Oberhoheit der Zaren zu stellen. Mit dem Verlust dieses Gebietes, dessen Khan sich in einem bis zum 17. Jahrhundert nicht immer engen Vasallitätsverhältnis zum Sultan befunden hatte, war das Schwarze Meer kein osmanisches Binnengewässer mehr. Auch in Südosteuropa ging die Machtausdehnung der Romanows weiter, als ihr Herrschaftsgebiet nach dem Frieden von Iași (1792) bis an den Dnister reichte. Dieser 1787 ausgebrochene Krieg war übrigens der letzte gegen das Osmanische Reich, an dem auch das Haus Habsburg teilgenommen hat. Für den einst mächtigsten Gegner der Osmanen endete er allerdings glücklos.

7 Die Phase der binnenimperialen Entgrenzung

Als sich im Verlauf des 18. Jahrhunderts in der protestantischen und katholischen Staatenwelt die Diskurse über eine territoriale und kulturelle Geographie eines als kulturzivilisatorisch angesehen Europa verfestigten, sollte dies nicht ohne Rückwirkungen auf die beiden Kontrahenten bleiben, durch die Europa seine östlichen Grenzen verlaufen ließ. Innerhalb der russischen Elite herrschte spätestens seit der Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert das gleiche Selbstverständnis vor, dessen Projektionsfläche „Asien“ war. Islam und Nomadentum galten als Zeichen einer rückständigen Kultur und daraus leitete sich der Anspruch ab, eine *mission civilicatrice* übernehmen zu müssen. Im Kern stand das Ansinnen, die als minderwertig betrachteten Nomaden einer höheren Kultur näherzubringen. Die politische Umsetzung dieser Weltsicht setzte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ein und erreichte mit der maßgeblich von Speranskij erarbeiteten „Verwaltungsordnung für Sibirien“ und insbesondere dem „Statut über die Verwaltung der inorodcy“ einen Höhepunkt. Die Nomaden galten nun als „Fremdlinge“ (inorodcy) und wurden in drei Gruppen eingeteilt, je nach der ihnen zugeschriebenen Zivilisationsstufe.

Einen ähnlichen Weg schlug auch das Osmanische Reich in der Mitte des 19. Jahrhunderts ein, als die exklusive Europazentrik eine Antwort der osmanischen Politik erforderte. Wie die multiethnischen Imperien der Romanows und der Habsburger sah sich auch das Haus Osman mit den politischen Folgen des

Nationalstaatsgedankens konfrontiert, die im 19./20. Jahrhundert zu einem allmählichen Zusammenbruch der osmanischen Herrschaft in Südosteuropa führten. Bis 1830 gab es ein faktisch autonomes serbisches Fürstentum und einen unabhängigen Staat Griechenland. Diese neu entstehenden Herrschaftsgebilde verdankten ihre Existenz vor allem den geostrategischen Interessen der Großmächte, zu denen allerdings auch immer noch das Osmanische Reich gehörte. Der Krimkrieg (1853-1856), in dem die Hohe Pforte Teil einer antirussischen Mächtekoalition war, verdeutlicht die Ambivalenz der politischen Situation, der sich Istanbul in der Mitte des 19. Jahrhunderts gegenüber sah. Im Friedensschluss von Paris (1856) wurde das Osmanische Reich ein formales Mitglied des europäischen Mächtekonzernts, und gleichzeitig blieb es in den Augen der anderen Staaten kein vollwertiger Partner. Neben dem bereits mehrfach erwähnten Blick auf das Reich der Sultane konnte Istanbul – im Gegensatz zum frühen 18. Jahrhundert – seine diplomatischen Schritte nicht mehr militärisch flankieren. Diesem realpolitischen Machtverlust auf der internationalen Bühne stand ein Machtgewinn des Staates im Inneren gegenüber. Im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert hatten lokale Notabeln (*ayan*) in vielen Fällen eine autonome Stellung im Machtgefüge des Imperiums erlangt, und diese Entwicklung konnte im Gefolge der Tanzimat in regional unterschiedlicher Intensität beendet oder geschwächt werden. Der stärker gewordene Staat musste nun auf die ambivalente außenpolitische Stellung als formal gleichberechtigtes, aber realpolitisch ausgegrenztes Mitglied der europäischen Staatengemeinschaft und auf die Idee des Nationalstaats bzw. des Nationalismus reagieren. Im Gegensatz zum Zarenreich, wo zunehmend die russische Nation identitätsstiftend wurde, entwickelten osmanische Reformer das Konzept des Osmanismus (*osmanlılık*) und erhoben somit die Dynastie zum Bindeglied des Reiches. Es galt also, ähnlich wie in der Donaumonarchie, einen Reichspatriotismus zu schaffen. Dieses Modell diente als Alternative zum Nationalismus und sollte es allen Bewohnern des Reiches, unabhängig ihrer religiösen und ethnischen Zugehörigkeit, ermöglichen, zu Bürgern des Osmanischen Reiches zu werden. Mit dem Staatsbürgerschaftsgesetz von 1869 konnten Untertanen des Hauses Osman zu Bürgern des Imperiums werden. Aus dem Reich der Osmanen ist nun das Osmanische Reich geworden, das sich jetzt aber auch immer schneller in einen Nationalstaat verwandelte. Es ist daher kein Zufall, dass in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in offiziellen osmanischen Dokumenten der Begriff Türkei als Bezeichnung für das eigene Reich erscheint. Dennoch bleibt festzuhalten, dass bis zu den Balkankriegen 1912/13 der Osmanismus stets eine ernst zu nehmende politische Option darstellte. Dieses Konzept implizierte auch die Übernahme einer eurozentristischen Weltsicht, mit der osmanische Reformer und die neuen bürokratischen Eliten auf die ambivalente Stellung unter den Großmächten reagierten. Wie in Russland wurden auch Bevölkerungsgrup-

pen benannt, die aus Sicht der Zentralregierung einer Zivilisierung bedurften. Die osmanischen „Fremdlinge“ bildeten Nomaden und Gesellschaftssegmente, die tribal oder sippenverbändisch strukturiert waren. Dies galt für nordalbanische Stämme und Stammesföderationen, die nun plötzlich als wild und unzivilisiert galten. Die Mehrheit solcher Bevölkerungsgruppen befand sich jedoch in den arabischen Provinzen. In den Memoiren osmanischer Verwaltungsangehöriger, die in Palästina ihren Dienst verrichteten, finden sich Zeugnisse eines kulturzivilisatorischen Überlegenheitsgefühls. Sie distanzieren sich deutlich von den „Arabern“ und vermieden auch engere soziale Beziehungen zur lokalen Bevölkerung. Als Schlüsselwörter der osmanischen *mission civilizatrice* lassen sich Disziplinierung und Erziehung festmachen, wodurch die betroffene Bevölkerung auf eine höhere Zivilisationsstufe gebracht werden sollten. Die osmanische Regierung stellte ihren Staat nun selbst als eine Kolonialmacht dar und überlegte, den zum osmanischen Reichsgebiet gehörenden Yemen in eine Kolonie umzuwandeln. Die Mechanismen der europäischen Entgrenzung waren nun in das Selbstverständnis und die Politik eines ihrer Objekte, des Osmanischen Reichs, eingegangen. Dadurch wurde das Reich der Sultane aber auch wieder zu einem Subjekt des Entgrenzungsprozesses, wenngleich in einem sehr eingeschränkten Maße. Die Limitierung der Handlungsfähigkeit im Inneren des eigenen Herrschaftsgebietes resultierte letztlich aus dem Zusammenprall der innerosmanischen und der europäischen Entgrenzung. Immer wieder mussten die osmanischen Behörden die regionale Implementierung von Reformmaßnahmen und andere administrative oder militärische Vorhaben mit den vor Ort präsenten Konsuln der europäischen Großmächte absprechen, die mit der Hohen Pforte um die politische Ruummacht in verschiedenen Regionen des Osmanischen Reiches konkurrierten. Ein entscheidender Hebel, um unmittelbar in die Belange vor Ort eingreifen zu können, war das Selbstverständnis christlicher Staaten, sich als „Schutzmächte“ nichtmuslimischer Bevölkerungsgruppen im Osmanischen Reich zu begreifen. Die Auswirkungen einer solchen politischen Haltung lassen sich am Beispiel der blutigen Auseinandersetzungen zwischen muslimischen Drusen und christlichen Maroniten im Libanongebirge beobachten, die sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts zu einem Problem der internationalen Politik entwickelt hatten. Eine administrative Neuordnung, die zur Stabilisierung der Region beitragen sollte, fand schließlich nach den Vorgaben der europäischen Diplomaten statt. Mit dieser Politik eines *soft imperialism*, deren Ursprünge in den Privilegien zu finden sind, die seit dem 15. Jahrhundert Untertanen und Schutzgenossen anderer Staaten gewährt worden waren, wurden darüber hinaus auch Teile der osmanischen Bevölkerung dem Zugriff der Behörden entzogen und dadurch die Souveränität des Staates eingeschränkt. Gerade im 19. Jahrhundert hatte sich die Zahl osmanischer Untertanen stetig erhöht, die von anderen Staaten Schutzbriefe erhielten.

1863 wollte die Regierung in Istanbul schließlich die Vergabe solcher Dokumente durch die diplomatischen Vertretungen beschränken, und auch das Staatsbürgerschaftsgesetz von 1869 diente dazu, sich dieser Form des *soft imperialism* zu widersetzen.

Die Erfahrungen der europäischen und binnenimperialen Entgrenzungsprozesse sollten schließlich auch in die 1923 gegründete Republik Türkei hineinreichen. Die Mehrzahl der „Gründerväter“ entstammte dem Umfeld oder gehörte direkt zu den Teilen der jungtürkischen Bewegung, die im Sultan Abdülhamid II. (1876-1909) stürzten. Die meisten von ihnen kamen aus den noch übriggebliebenen balkanischen Provinzen des Osmanischen Reiches und/oder waren dort in der Provinzverwaltung oder in der Armee tätig. Sie hatten als junge Männer die Politik des *soft imperialism*, die Entstehung der südosteuropäischen Nationalstaaten und schließlich in den Balkankriegen 1912/13 auch das Schicksal der Vertreibung erfahren. Diesen Erfahrungsschatz brachten sie nun in den Aufbau eines Nationalstaates ein, dessen Kern der anatolische Raum bildete. Einem Territorium, das den meisten dieser neuen politischen Elite fremd und weithin unbekannt war. Die dargelegten Entgrenzungsprozesse beeinflussten aber nicht nur die politischen Handlungsmuster in der frühen Republik Türkei, sondern sie entfalten ihre Wirkungsmacht bis in die Gegenwart.

Literatur

- Casale, G 2010, *The Ottoman Age of Exploration*, Oxford University Press, Cambridge.
- Clewing, K & Schmitt, OJ (Hg.) 2011, *Geschichte Südosteuropas. Vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart*, Pustet, Regensburg.
- Goffman, D 2003, *The Ottoman Empire and Early Modern Europe*. Cambridge University Press, Cambridge.
- Imber, C 2005, *The Ottoman Empire, 1300-1650: The Structure of Power*, Palgrave Macmillan, Houndmills, Basingstoke, Hampshire.
- Kappeler, A 2008, *Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall*, Beck, München.
- Osterhammel, J 1998, *Die Entzauberung Asiens. Europa und die asiatischen Reiche im 18. Jahrhundert*, Beck, München.
- Reinkowski, M 2005, *Die Dinge der Ordnung. Eine vergleichende Untersuchung über die osmanische Reformpolitik im 19. Jahrhundert*, R. Oldenbourg, München.
- Schmitt, OJ 2009, *Skanderbeg. Der neue Alexander auf dem Balkan*, Pustet, Regensburg.
- Schorn-Schütte, L 2010, *Konfessionskriege und europäische Expansion. Europa 1500-1648*, Beck, München.
- Winkler, HA 2009, *Geschichte des Westens. Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert*, Beck, München.